

GASTKOMMENTAR

Rückkehrzentren in Pandemiezeiten: Die Gesellschaft schaut weg

Die Pandemie ist für uns alle eine schwierige Zeit. Besonders problematisch erweist sich aber die Situation in den Rückkehrzentren für abgewiesene Asylsuchende.

Daniel Winkler 24.02.2021, 05.30 Uhr



Adrian Baer / NZZ

Die Mehrheit der weggewiesenen Asylsuchenden kommt aus Äthiopien, Eritrea, dem Irak und China (Tibet).

In einem Rückkehrzentrum in Aarwangen im Kanton Bern wurden Ende Januar 32 von 97 Personen positiv auf das Coronavirus getestet, so dass eine Quarantäne verordnet werden musste. In verschiedenen Medienberichten wurde eine mangelhafte Disziplin der Bewohnenden als Ursache des Problems bezeichnet; die zuständigen Behörden unterstützten diese Deutung.

Weshalb gibt es diese Rückkehrzentren? Asylsuchende mit einer Wegweisung werden seit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes vom 1. März 2019 in ihnen untergebracht. Von dort aus sollen sie in ihr Herkunftsland zurückkehren. Um Ausreisepflicht zu erzeugen, werden sie in den Nothilfemodus versetzt. Das bedeutet minimale Mittel zum Leben, keinerlei Arbeitsmöglichkeiten und den Verlust jeglicher

gesellschaftlicher Partizipation. Wenn dieser Zustand für eine kurze Zeit andauert, ist er erträglich. Für eine längere Zeit kann diese Repressionsmassnahme aber kaum vorgesehen sein, denn die Einschränkungen der Lebensmöglichkeiten sind immens.

Die neuesten verfügbaren Zahlen zeigen, dass dieses unerwünschte Szenario längstens eingetreten ist. Per Ende 2019 lebten von 3227 Nothilfefällen 71 Prozent oder 2287 Personen seit über einem Jahr von Nothilfe; 572 Kinder waren davon betroffen. Diese Menschen erfahren damit einen Nothilfe-Lockdown auf unbestimmte Zeit. Die Mehrheit der weggewiesenen Asylsuchenden kommt aus Äthiopien, Eritrea, dem Irak und China (Tibet). Für sie ist die vorgesehene Rückkehr mit einer überaus schwierigen Herkunftssituation verbunden. Häufig stehen für eine Heimkehr auch technische Vollzugshindernisse im Weg. In politischen Kreisen werden diese Personen dennoch oft als renitent bezeichnet – und das Schicksal dieser Menschen, die gewissermassen einen sozialen Tod erleiden, wird gesellschaftlich verdrängt. Verschiedene Medien verzichten auch ob der Komplexität des Themas auf fundierte Recherchen, oder aber sie relativieren die betrübliche Lage dieser Menschen.

Eigentlich aber zeigt sich am Beispiel des Zentrums Aarwangen das Nothilfedrama besonders deutlich: Aufgrund der verordneten Quarantäne konnten diese Menschen ihr Essen nicht mehr selbständig besorgen. Die Zentrumsleitung ORS fühlte sich zu Beginn für dieses Problem nicht zuständig und bat die Betroffenen, Bekannte oder Freunde zu fragen, ob sie ihnen Nahrung bringen könnten – was natürlich nicht half. Als die Situation zu eskalieren drohte, organisierte die ORS Essen für alle. Um keine unnötigen Zusatzkosten zu generieren, plante man eine Verrechnung mit dem Nothilfegeld. Die 8 Franken Taggeld müssen aber nicht nur für Nahrung reichen, sondern auch für Hygieneartikel, öV und Kleidung.

Die Probleme der Betroffenen im unbegrenzten Nothilfe-Lockdown wurden durch die Corona-Quarantäne somit noch verstärkt. Die Belastung nahm im auch infrastrukturell vernachlässigten Zentrum in Aarwangen zu. Neben der unmittelbaren Bedrohung der körperlichen Gesundheit besteht auch die Gefahr einer psychischen Dekompensation mit unkontrollierbaren Folgen. Rückkehrzentren sind somit ein soziales Pulverfass.

Das Nothilferegime ist demokratisch legitimiert, die Rückkehrzentren sind es auch. Es sind Strukturen geschaffen worden, die Menschen über lange Zeit in enorme Bedrängnis bringen und sie auch kurzfristig in ihrer Gesundheit gefährden. Wir sind als Gesellschaft gefordert, genau hinzuschauen und nach humanen Lösungen für Kinder, Frauen und Männer in der Nothilfe zu suchen.

Daniel Winkler ist Pfarrer in Riggisberg und Mitglied der Aktionsgruppe «Nothilfe – Sackgasse Langzeitnothilfe».